

Staatsaktion gegen die österreichischen Nazis.

Wien, 31. Mai. Die Wiener Polizei führte heute Mittwoch in den Räumlichkeiten der nationalsozialistischen Wiener Gauleitung, im Braunerhaus im VI. Bezirk, eine neue große und gründliche Durchsuchung durch und forschte insbesondere nach Waffen, hochverräterischen Schriften und Trawtsachen. Gleichzeitig durchsuchte die Polizei auch die Räumlichkeiten der niederösterreichischen nationalsozialistischen Gauleitung im I. Bezirk, eine ganze Reihe von Bezirkssekretariaten und etwa 60 Privatwohnungen nationalsozialistischer Führer. Ueber das Ergebnis dieser Nachforschungen hat die Polizei bis in die Abendstunden keine Mitteilung gemacht. Ursache der Nachforschungen bildeten hochverräterische Flugblätter, mit welchen die Nationalsozialisten in der Nacht zum 31. Mai Wien überschwemmen. Gleichzeitig führte die Polizei mit Gendarmerie unter Militärassistenten auch in der Provinz eine Reihe von Nachforschungen in den Braunerhäusern und in nationalsozialistischen Räumlichkeiten durch, so insbesondere in Innsbruck, Bregenz und in Graz. Diese Nachforschungen in den Alpenländern hängen mit den Nachrichten zusammen, wonach die österreichischen nationalsozialistischen Sturmabteilungen in den letzten Stunden aus Bayern größere Wassenvorräte erhalten haben sollen.

Oesterreichs Gegenmaßnahmen.

Ausreisefisum und Einfuhrzollbefreiung. — Entschädigung der Hotelbesitzer.

Wien, 31. Mai. Ueber die österreichischen Gegenmaßnahmen im Konflikt mit Deutschland erfährt die „Reichspress“, daß die erste dieser Maßnahmen die Einfuhr eines Ausreisefisums nach Deutschland sein würde. Die zweite Maßnahme wird sich zugunsten der notleidenden Hotelindustrie auswirken. Das österreichische Gastwirtsgeverbe, das auf den Fremdenverkehr mit Deutschland angewiesen ist, wird den vollen Schaden, der ihm durch die Grenzperre verursacht wurde, nach Maßgabe des vorjährigen Fremdenverkehrs aus Deutschland in der Höhe von zirka zehn Millionen Schilling ersetzt bekommen; davon werden fünf Millionen Schilling sofort ausgezahlt werden, zweieinhalb Millionen Schilling im Laufe des Herbstes und der Rest soll in Form von Steuerabschreibungen verübertet werden. Ausgeschlossen werden jene Betriebe sein, deren Besitzer durch Teilnahme an parteipolitischen Bege selbst zur Schädigung des Fremdenverkehrs beigetragen haben. Die dritte Maßnahme bezweckt die Herstellung des Gleichgewichtes der Ein- und Ausfuhr von und nach Deutschland.

Oesterreichischer Verfassungsgerichtshof beschlußunfähig.

Wien, 31. Mai. Am 30. Mai resignierten auf ihre Funktionen im Verfassungsgerichtshof der Sektionschef im Verordnungsministerium Dr. Sedt und der Bezirkshauptmann von Baden, Hofrat Dr. Pilz. Da somit die Zahl der Mitglieder des österreichischen Verfassungsgerichtshofes auf sieben gesunken ist, ist diese Institution nicht mehr beschlußfähig.

Arbeitsbeschaffung mit Inflationsanweisungen.

Berlin, 31. Mai. Wie das Wolffbüro mitteilt, hat sich das Reichskabinett heute nachmittags in mehrstündigen Verhandlungen mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung beschäftigt. Verabschiedet wurde ein vom Reichsfinanzministerium vorgelegtes Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, durch das der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, Arbeitsbeschaffungsanweisungen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Reichsmark zwecks Förderung von Instandsetzungs- u. Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden sowie an privaten Wohngebäuden und Wohnungen, ferner für vorstädtische Kleinstwohnungen, landwirtschaftliche Ziedlungen, Aufregulierungen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Tiefbauarbeiten und Sachleistungen an Hilfsbedürftige auszugeben.

Viererpakt fertig.

Veröffentlichung morgen zu erwarten.

London, 31. Mai. (AP.) Der britische amtliche Radiodienst meldet: Wie verlautet, wird der Pakt der vier Großmächte in Rom morgen früh paraphiert werden. Im Prinzip wurde über den Pakt ein Uebereinkommen erzielt, doch wurde der Text nach Genf telegraphiert, wo die Reichsachverständigen der vier interessierten Mächte einige Punkte des Paktkonzeptes durchberaten werden. Es wird jedoch erwartet, daß diese technischen Fragen untergeordneteren Charakters keinerlei Schwierigkeiten hervorrufen werden.

Nach der morgigen Paraphierung wird dann entschieden werden, daß der Text gleichzeitig in allen vier Hauptstädten zur Veröffentlichung gelangt.

Die Kleine Entente im Rundfunk.

Die Außenminister der Kleinen Entente würdigten gestern abends im Prager Rundfunk die bisherige Arbeit der Kleinen Entente und insbesondere die Ergebnisse der Prager Konferenz. Minister Venes sagte, daß die Prager Tagung die vorbereitende Periode der Arbeit in der Kleinen Entente abgeschlossen habe; die neue Periode werde eingeleitet durch den Organisationspakt der Kleinen Entente

und durch den neugeschaffenen Ständigen Rat. So bilde sich aus den drei Staaten eine neue höhere internationale Einheit der europäischen Politik. Die Schaffung der neuen Einheit sei gerade im rechten Augenblick erfolgt: zu einer Zeit nämlich, da die Abrüstungskonferenz ins Stocken geraten ist und die deutschen Ereignisse internationale Schwierigkeiten hervorgerufen haben. Die Arbeit der Kleinen Entente habe die Anerkennung fast aller europäischen Staaten erzwungen.

In ähnlichem Sinne sprachen die Minister Jevtiš und Titulescu.

Die Beschlüsse der kleinen Presse-Entente.

Prag, 31. Mai. Die Kleine Presse-Entente hat heute ihre Beratungen mit der Annahme einer Resolution beschloffen. Zweck engerer Zusammenarbeit soll im Anschluß an das Ständige Sekretariat der Kleinen Entente in Genf ein Presseausschuß geschaffen werden; es sollen auch in den Hauptstädten der Kleinen Entente erweiterte Arbeitsvereinigungen errichtet werden. Ferner wird an die Zusammenarbeit der Journalisten der drei Länder appelliert, um tendenziöse Nachrichten, die gegen die Kleine Entente gerichtet sind, zu unterdrücken. Auch die Zusammenarbeit der amtlichen Pressebüros soll ausgebaut werden.

Die Internationale Journalisten Föderation gegen den Hakenkreuzfascismus.

Budapest, 31. Mai. Das in Budapest tagende Exekutiv-Komitee der FIJ (Internationale Journalisten-Föderation) hat in seiner heutigen Sitzung folgende Resolution angenommen:

Das Exekutivkomitee der FIJ stellt fest, daß die Freiheit der Presse in einzelnen Ländern durch den Mißbrauch der nationalen Politik bedroht ist und weist in der Erwägung, daß die Freiheit für die Presse die unentbehrlichste Bedingung ihrer Wahrhaftigkeit und die ernsteste Verbürgung der Souveränität des Volkes darstellt, Angriffe jeder Art auf die Unabhängigkeit der Presse und die freie Berufsausübung der Journalisten zurück. Unter diese Angriffe zählt das Komitee angeichts des Ernstes dieser Frage die unerlaubte Einfuhrnahme der Regierungen auf die Orientierung der Politik der Zeitungen, die Verlesung von Journalisten in das Ausland, die Beschlagnahme der Zeitungen, und zwar auch dann, wenn die Angriffe unter dem Vorwande der höchsten nationalen Interessen verübt werden. Das Exekutivkomitee hält es für die Pflicht, aller der FIJ angegliederten Organisationen und sämtlicher Presseorganisationen überhaupt, dagegen Verwahrung einzulegen und gegen diese Angriffe anzukämpfen.

Unter Anwendung dieser Grundsätze auf die gegenwärtige Lage der Presse spricht das Exekutivkomitee sein Bedauern aus, daß eine der FIJ angegliederte Organisation, der „Reichsverband der deutschen Presse“ im Be-

griffe steht, diese Grundsätze zu verleugnen. Es steht fest, daß der „Reichsverband der deutschen Presse“ in seiner Hauptversammlung vom 30. April 1933 beschloffen hat, die Juden und Marxisten nicht mehr als Mitglieder aufzunehmen, daß der „Reichsverband“ sich auf diese Weise in eine politische Vereinigung umwandelte und daß dieser sein Beschluß mit dem Geist und dem Wortlaut des ersten Artikels des Paragraph 2 der Satzungen der FIJ in Widerspruch steht.

Das Exekutivkomitee spricht dem „Reichsverband“ den Dank für die ausgezeichnete Mitarbeit an der FIJ aus. Das Exekutivkomitee erklärt, daß eine Zusammenarbeit mit dem „Reichsverband“ gegenwärtig nach der so dargestellten Grundhaltung unmöglich ist und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, die Zusammenarbeit mit dem „Reichsverband“ in der Zukunft wieder aufzunehmen, wenn der Verband mit den von der FIJ vertriebenen Ideen wieder übereinstimmen wird. Das Exekutivkomitee fordert schließlich die angegliederten Organisationen auf, den wegen ihrer Abstammung oder politischen Ueberzeugung vertriebenen Journalisten ihre Unterstützung angebotene zu lassen und bei ihren Regierungen Schritte zu unternehmen, um denjenigen ihrer Komnationalen die Freiheit zu verschaffen, die in Deutschland aus diesem Grunde gefangen gehalten werden.

Der Marxismus lebt!

Berlin, 31. Mai. (Sch. P.-B.) Trotz den außerordentlich strengen Maßnahmen, mit denen die amtlichen Stellen seit vier Monaten die geheime Agitation der Gegner des gegenwärtigen Regime bekämpfen, dauert die unterirdische Tätigkeit in Deutschland an. Diese Tatsache kann wenig überraschen, bedenkt man, daß Millionen von Angehörigen der marxistischen Parteien heute keine andere Möglichkeit besitzen, ihre abweichende Auffassung kundzugeben. Die ständig durchgeführten Polizeialktionen zeigen, daß die unterirdische Tätigkeit der überzeugten Vorkämpfer sich den neuen Umständen angepaßt hat und durch ihre Beweglichkeit die polizeilichen Nachforschungen sehr erschwert.

In der Nacht auf heute wurden an drei verschiedenen Berliner Stellen polizeiliche Nachforschungen durchgeführt. Wie der amtliche Bericht besagt, schloß die Aktion erfolgreich, denn es

wurde eine große Menge von Druckschriften, Pamphlets, Verdrickungsmaschinen und auch von Waffen gefunden. In Spandau wurde ein kommunistisches Versteck aufgefunden und mehrere Personen verhaftet.

Der Waffenstillstand im Osten.

Neutrale Zone an der Großen Mauer. Shanghai, 31. Mai. (Reuter.) Der am Dienstag unterzeichnete japanisch-chinesische Waffenstillstand sieht eine Entmilitarisierung einer Zone vor, die im Norden von der Großen Mauer, im Osten von der Eisenbahnlinie Peking-Mulden und im Westen von der Eisenbahnlinie Peking-Zuijwan begrenzt wird. Ferner wird darin bestimmt, daß die Korps der chinesischen Freiwilligen in der entmilitarisierten Zone aufgelöst werden müssen und daß der Eisenbahnverkehr zwischen Peking und Shanghai wieder aufgenommen ist.

Für den Frieden — gegen Hitler!

Man schreibt der „F. Z.“ aus Berlin: Die Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 17. Mai wird in den Kreisen der deutschen Arbeiter eifrig diskutiert. Es tritt dabei hervor, daß durch die Haltung der Fraktion eine überaus gefährliche geistige Verwirrung geschaffen worden ist. Diese Verwirrung wird verstärkt durch eine Motivierung der Haltung der Fraktionsmehrheit, die gedruckt und verbreitet werden konnte. Diese Verteidigungsschrift hat folgenden Wortlaut:

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten zu der Reichstagsentscheidung vom 17. Mai bedeutet kein Vertrauensvotum für die Regierung Hitler, sondern die Billigung einer friedlichen Außenpolitik Deutschlands.

Die Fraktion hatte die Absicht, ihre Ansicht zu den außen- und innenpolitischen Fragen in einer besonderen Erklärung niederzulegen; es wurden aber in der Sitzung keinerlei Erklärungen zugelassen.

Für die Zustimmung der Fraktion waren vor allem folgende Gesichtspunkte maßgebend:

1. In einer Situation drohender Kriegsgefahr sollte der unbedingte Friedenswille des deutschen Volkes erklärt und damit der Erhaltung des Friedens wirklich gedient werden. Es ist eine alte Ueberzeugung der Sozialdemokratie, daß jeder Krieg die wirtschaftliche Not und das individuelle Leid hundertfach vermehrt, so groß auch alle übrigen Leiden des Volkes sind.
2. Es wurde die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Nationen der Erde verlangt. Das ist eine Forderung, die die Deutsche Sozialdemokratie immer anerkannt, die sie durch den Mund ihrer Vertreter, z. B. des Reichstagslers Hermann Müller, verkündet hat und für die sie auch früher schon die Zustimmung der ausländischen sozialistischen Parteien gewonnen hatte.
3. Es wurde die allgemeine Abrüstung verlangt, besonders die Abrüstung der schwerbewaffneten Staaten, die im Vertrag von Versailles Deutschlands Abrüstung als den Beginn der allgemeinen Abrüstung ausdrücklich versprochen hatten. Auch diese Forderung entspricht der bisherigen sozialdemokratischen Außenpolitik.

Einige weitere Erklärungen werden die Genossen von den Abgeordneten selbst erhalten.

Der Fraktionsvorstand.

Damit sind die Gründe der Fraktionsmehrheit dargelegt — oder vielmehr nur eines Teiles der Mehrheit. Ein wahres Bild von der Bedeutung der Entscheidung ist damit nicht gegeben. Es fehlt jede Würdigung der Gegenargumente, es fehlt jeder Hinweis darauf, daß die Abstimmung unter dem Druck terroristischer Drohungen erfolgte. Selbstverständlich würde Druck und Verbreitung einer objektiven Informationschrift von den Behörden unterdrückt worden sein.

Aus der Verteidigungsschrift der Fraktionsmehrheit spricht eine verhängnisvolle große Täuschung über die europäische Situation und die Rolle des Fascismus in Deutschland. Seit dem Sturze der Demokratie hat sich die geistige Grundhaltung Europas geändert. Der absolute totale Staat, wie er in Deutschland geschaffen wird, ist die Unterordnung des Willens, des Rechts, der Freiheit und der Wohlfahrt des Einzelnen unter den reinen Machtzweck, ist die Macht um der Macht willen, ist im letzten Zweck der Krieg.

Das Vertrauensvotum für Hitler, das die Fraktionsmehrheit abstreitet, liegt darin, daß dem Chef dieses kriegerisch-nationalistischen Regimes die Absicht zufriedlicher Außenpolitik feierlich zugestimmt wird. Das Phantom eines pazifistischen Nationalismus, dieses Widerspruchs in sich, beherrscht die Rechtfertigung der Fraktionsmehrheit. Sollte der deutsche Fascismus, der an der Forderung der Verletzung der Verträge und an der Lobpreisung des Krieges gewachsen ist, plötzlich in die Fußstapfen der Liga für Menschenrechte treten?

Die gänzlich unkontrollierte und unkontrollierbare Außenpolitik des Diktatorregimes, die ebenso unkontrollierbaren Einflüssen aus Italien unterliegt, hat eine europäische Gefahr heraufbeschworen. Sie hat sich zu einem temporären Rückzug gezwungen gesehen. Ist das die friedliche Außenpolitik Deutschlands?

Unkontrollierbar wie die Außenpolitik ist die Innenpolitik, ist die öffentliche Nachprüfung, wieviel Versprechungen dieses Regimes wert sind. Schließlich liegt die Entscheidung über Krieg und Frieden auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März nicht mehr in der Hand des Reichstages gemeinsam mit dem Reichspräsidenten, sondern ausschließlich in der Hand des Diktators Hitler, ein staatsrechtliches Faktum, das größte Beachtung verdient! Nicht einmal mehr die Bewilligung von Kriegskrediten durch das Parlament ist nötig — die Regierung, d. h. Hitler — kann das alles durch Regierungsgesetz selbst machen. Die staatsrechtliche Vorbereitung der Diktatur auf den Kriegsfall ist vollkommen!

Angeichts dieser Tatsachen kann ein Votum für eine Erklärung dieses Regimes niemals wie eine Demonstration des unbedingten Friedenswillens des deutschen Volkes wirken! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte ein Mandat gehabt, diesen Friedenswillen für einen großen Teil des Volkes zu verkünden, durch eine selbständige Erklärung, die auch außerhalb des Parlaments hätte abgegeben werden können! Sie hat dagegen den Friedenswillen eines großen Teiles des Volkes in seiner internationalen Wirkung praktisch entwertet, indem sie einem Regime ihr außenpolitisches Agreement gegeben hat, dessen Ziele auf dem Gebiet des nationalistischen Aktivismus liegen.

Ein anderes ist die Forderung der Gleichberechtigung des deutschen Volkes, ein anderes das Streben dieses Regimes nach internationalem politischen Kredit! Wenn demokratisch organisierten Völkern Mächte gegenüberstehen, die unter despotischer Führung stehen, verliert die Forderung der Sicherheit durch Gleichberechtigung jeden Sinn! Welcher internationale Sozialist hätte sich jemals zum Bundesgenossen des russischen Zarenismus gemacht?

Ein anderes ist es, die allgemeine Abrüstung zu fordern, weil man die Sicherheit und den Frieden von der friedlichen geistigen Grundhaltung der Völker erwartet — ein anderes ist diese Forderung, wenn sie als Manöver von einem despotisch-aktivistisch-nationalistischen Regime gebraucht wird. Der internationale Sozialismus und der Faschismus sprechen völlig verschiedene Sprachen, sie streben nach völlig verschiedenen Zielen, nicht nur innenpolitisch, sondern auch in der internationalen Politik!

Das Ziel des Faschismus ist die geistige, organisatorische und wirtschaftliche Vereinstellung des Volkes für den nächsten europäischen Krieg. Diesem Gesichtspunkt wird das Wohl des Volkes untergeordnet. Ihm entspricht das Streben nach nationaler Wirtschaftsautarkie,

die Massenelend über das deutsche Volk bringen muß wie die Blockade im Kriege! Das Regime hat Deutschland in moralische, politische und wirtschaftliche Isolation gebracht, es engt den Lebensraum des Volkes ein, es eröffnet auf den Trümmern des Rechts und der Freiheit den Ausblick auf den Untergang des deutschen Volkes!

Diesem Regime gegenüber hat die Sozialdemokratie eine revolutionäre Verpflichtung, sie hat das Recht, die Freiheit, und den Frieden zu verteidigen! Das ist kein

Das Banner steht! Vom „sterbenden Marxismus“.

Es wird uns aus Nordmähren geschrieben: Die sudetendeutsche bürgerliche Presse, erfüllt von dem heizigen Wunsch, daß es doch so sein möge, schreibt wieder einmal vom „sterbenden“ Marxismus. Daß dabei deutsche und tschechische Blätter in halber Eintracht dasselbe sagen, ist nur ein Beweis dafür, daß es bei der Bekämpfung der Arbeiterbewegung keinerlei nationale Unterschiede gibt. Nun, wir lassen ihnen die Freude und begnügen uns mit der einfachen Feststellung, daß sich die Treue der Arbeiterklasse zu ihrer Partei noch nie so erwiesen hat, wie gerade jetzt in der furchtlichsten Zeit der Krise und Arbeitslosigkeit. Als Illustration hierzu führen wir einige Daten an: Innerhalb der Bezirksorganisation Sternberg, die im Jahre 1931 einen Mitgliederdurchschnitt von 1995 aufwies, wurde der Parteinarbeitstag im Jahre 1932 noch gesteigert. Schon diese Erscheinung im dritten Krisenjahr beweist, daß die Arbeiter ihre Pflicht gegenüber ihrer Partei erfüllen. Es war nun zu befürchten, daß das Jahr 1933 doch einen Rückgang im Parteinarbeitstag — und der ist für uns entscheidend und nicht irgendwelche Hausnummern, die von den bürgerlichen Parteien als Mitgliedszahlen genannt werden — eintreten werde. Die ersten

Widerspruch zu ihrer nationalen Verpflichtung. Da der Faschismus das Volk mit dem Untergang bedroht, ist der Kampf gegen ihn höchste nationale Pflicht.

Demonstration des unbedingten Friedenswillens
Gleichberechtigung Deutschlands

Allgemeine Abrüstung —
jajwohl — aber nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Despotie Hitlers kann dies vertreten werden!

Verfassungsausschuß.

Prag, 31. Mai. Der heutige Tag war in beiden Häusern der Nationalversammlung Ausschußberatungen vorbehalten. Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses führte am Vormittag die Generaldebatte über die Novelle zur Gemeindewahlordnung ab; Referent war der tschechische Genosse Dr. Mareš. Am nachmittag wurde die Generaldebatte über die Vorlage betreffend die außerordentlichen Maßnahmen abgeführt. Die Spezialdebatte über beide Vorlagen wurde auf Freitag vertagt. Wahrscheinlich wird es für beide Vorlagen zunächst erst nach zur Einsetzung von Subkomitees kommen, die die Materie noch einmal genau überprüfen sollen.

Die Verabschiedung der sogenannten Kleinen Pressenovelle durch den Ausschuß stößt auf Schwierigkeiten, da die tschechischen Liberalen gegen das darin enthaltene Verbot der Kolportage in den Kirchen auch in einer vom Referenten Dr. Stranšky vorgeschlagenen gemilderten Form entschieden Einspruch erheben, um ihre Pressezeugnisse wie das Bonifatiusblatt u. a. weiter ungehindert in der Kirche abheften zu können. Bei dem Gesetz über die außerordentlichen Maßnahmen stößt wieder die Bestimmung auf Widerstand, daß auch Erwerbsvereine, Wirtschaftsgenossenschaften etc. unter Ausnahmeverfügungen gestellt werden können, falls sie politische Ziele verfolgen.

Morgen wird sich der Ausschuß wahrscheinlich neuerdings mit der Geschäftsordnung zu befassen haben, da der Senat auch in jenem Teil, der nicht auf autonomen Beschlüssen beruht, sondern den Charakter eines Gesetzes hat, Änderungen vorgenommen hat und die Geschäftsordnungsnovelle somit wieder in das Abgeordnetenhaus zurückgehen muß.

Wertzliche Gutachten im Brünner Prozeß.

Abgelehnte Anträge der Verteidigung.

Brünn, 31. Mai. In der heutigen Verhandlung gaben die Gerichtssachverständigen ihr Gutachten über die Art der Verletzungen, den Verlauf der Krankheiten und das Befinden der bei dem Ueberfall auf die Kaserne verletzten Personen ab. Den Tod hatte die Schießerei nur für den Faschisten Cyril Sementa zur Folge, welcher durch eine Kugel in die Stirn getroffen und auf der Stelle getötet wurde. Dem Arbeiter Janda mußte der rechte Fuß unterhalb des Knies amputiert werden, so daß er dauernd arbeitsunfähig ist. Die Verletzung des Soldaten Rinderman war zwar auch schwer und machte eine Operation notwendig, doch dürfte sie keine dauernden Folgen hinterlassen, wenn auch die Sachverständigen die Möglichkeit einer späteren Berufsunfähigkeit nicht ausschließen. Die Verletzungen der übrigen waren nur leichter Art.

„Denunziation und Terror“

ist die Ueberschrift eines Leitartikels, den der „Tag“ v. 31. Mai (Wonnemonds) veröffentlichte.

Darin heißt es u. a.: „Wochenlang schon betreiben die Roten die Denunziation und Angeberei, indem sie die Namen ihrer politischen Gegner den Behörden mitteilen, um sie ins Gefängnis zu bringen.“

Dem „Tag“ sei noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt, daß er von uns die Namen derer verlangte, die mit der SA Verbindungen unterhalten. Nicht, um sie ins Gefängnis zu bringen, sondern um die freche Neugier des „Tag“ zu befriedigen, haben wir die Beziehungen zwischen der SA und den heimischen Hakenkreuzlern aufgezeigt.

Der „Tag“ irrt, wenn er meint, die Erfindung des geistreichen Wortes „Sozialdenunzianten“ ärgere uns; jeder Schimpf, den uns die Freunde der Potemba-Mörder und des Hunnen-Goering anzutun versuchen, ehrt uns nur. Aber wir werden uns in den nächsten Tagen mit den nachgewiesenen nationalsozialistischen Denunzianten ausführlich beschäftigen. Es wird den Nazis dann die Lust vergehen, die Diskussionen über das Denunziantentum fortzuführen.

Nach der Mittagspause verkündete das Gericht, daß die heute von der Verteidigung gestellten Anträge abgelehnt werden. Es wurde hierauf eine Anzahl von Akten vorgelesen, worauf die Verhandlung auf morgen vertagt wurde.

Senatsausschuß gegen Regierungsvorlage.

Im Senat verhandelte der Budgetausschuß am Mittwoch die beiden Regierungsvorlagen über die Entschädigung der Mitglieder des Staatsgerichtes und des Wahlgerichtes. In der Debatte sprachen sich sämtliche Redner gegen die Verhandlung der Vorlagen aus, solange nicht die Höhe des hiedurch entstehenden Aufwandes und die Bedeutung hierfür feststehe. Dieser Antrag wurde vom Ausschuß auch angenommen.

Wie sie lügen!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, deren Aufgabe es ist, im Dritten Reich anständige Presse zu mimen, besprach den Aufsatz, den Genosse Stampfer vor einigen Tagen im „Sozialdemokrat“ veröffentlichte. Dabei bog sie, um sich die Polemik ein wenig zu erleichtern, eine ganz niederträchtige Fälschung. Sie behauptete, Stampfer habe von dem hohen Glück gesprochen, „kein Deutscher zu sein“ und knüpfte an diese Lüge sofort einen entsprechenden Kommentar. — Genosse Stampfer hätte ruhig von dem Glück sprechen können, kein Deutscher vom Schlage der heute Herrschenden zu sein, und er wäre des Verständnisses der besten Deutschen sicher gewesen. Die Stelle, welche die Diktatorin in den gleichgeschalteten deutschen Blättern zu ihrer Gemeinheit benützte, lautet jedoch:

„Man soll im Auslande nicht moralische Schläge austeilen an Menschen, deren Seelenzustand jedem unverständlich bleiben muß, der das hohe Glück genießt, kein Untertan des Dritten Reiches zu sein.“

Das ist deutlich und für jeden in Deutschland Lebenden verständlich. Aber gerade aus diesem Grunde hat die „DAZ“ zu ihrer Lumperei versucht genommen.

Herabsetzung des Diskontsatzes in Dänemark.

Die Dänische Nationalbank setzt ab 1. Juni den Diskontsatz von 3½ auf 3 Prozent herab. Der Satz von 3½ Prozent war seit 12. Oktober 1932 in Kraft.

KARL
UND DAS 20. JAHRHUNDERT
Roman von Rudolf Brunngraber
Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1933

Sie erzählt ihm, daß sie als Modell geht und freudt ihn auf, in die Aula der Akademie mitzukommen.
So steht nun Karl Lafner einen Vormittag auf den kalten Fliesen dort. Außer ihm sind nur noch einige Männer da, zumeist jüngere, aber an die sechzig Wäcker. Früher sollen es bedeutend weniger gewesen sein, wie er aus ihrem Soder herausschaut. Aber man kann sich gegen die Eindringlinge nicht schützen. Alle haben vor Käste blaue Gesicht. auch die Geheimtinten. Mit ein paar Ausnahmen ist hier ein Elend verarmt, in dem Karl Lafner nicht weiter auffällt. Zu den Ausnahmen gehört auch ein Journalist vom Tagblatt, der mit knarrenden Sohlen und mit einem Grinsen im Bauch kein Feuilleton über den modernen Menschenmarkt zusammenstellt. Um dreiviertel zwölf beginnt sich die Aula zu leeren, täglich zwei „Neue“ sind genommen worden. Karl Lafner hat von Anfang an nichts erwartet. Trotzdem ist er enttäuscht. Da gibt ihm das Mädchen, dem er seine Lage nicht verbellt hat, Adressen von Malern. Sie macht ihm auch Mut, indem sie seinen Einwand, daß er nur mehr aus Haut und Knochen bestünde, mit der Anstrichlung zerstreut, nur „Kopf“ zu sein. Dennoch findet Karl Lafner gerade seiner Magerkeit wegen ein Engagement. Am folgenden Abend steht er im Privatatelier eines Professors, der einen Sebastian zu malen beabsichtigt. Karl steht nackt auf einem Podium und das ist für ihn nicht ganz einfach. Die Erinnerung, daß er selber einmal Maler werden wollte, ist unmerklich. Jedenfalls drängt sich Karl Lafner zum ersten

mal mehr das Entwürdigende als das Bejammernswerte seiner Situation auf. Er hat schon lange nicht mehr so gelegene Umstände gehabt, darüber Betrachtungen anzustellen. Seit einer halben Stunde ist es in dem überheizten Raum, der überdies sehr anziehend eingerichtet ist, so still, daß die starke Flut des elektrischen Lichts geradezu aufdringlich wirkt.

Da sagt der Professor: Fast könnte ich bedauern, daß ich keine psychologisierende Malerei treibe; meine Absichten hätten sich noch nie so mit einem Modell getroffen. Ich bin wohl sehr mager, meint Karl Lafner. Nein, das ist es nicht, entgegnet der Professor, sinnierend in seine Kohlenstriche vertieft. Dann schaut er auf, sein Auge befaßt sich mit Karl Lafners Proportionen, fast abwesend sagt er: Ihres Gesichtes wegen, das heißt des Kopfes wegen, den Ihr Gesicht durch Ihre Augen erhält, durch Ihr Schielen. Karl Lafner ist wie vom Blitz getroffen. Ich war, sagt er abweisend, Artillerie- und Fliegeroffizier. Ein lächerliches Argument, das ihm durch den längst gehegten Wunsch entschlipft, das Mißverhältnis zwischen seiner Person und seiner Lage darzutun. Der Zeichnende fragt: was sind Sie von Beruf? Aber er erkundigte sich nicht aus Neugier, weil seine Anschauung eine gewiß innere Hierarchie in der Menschheit mehr anerkennt als jede andere. In der Tat hat dieser Mann etwas von einem Mandarlin an sich, obgleich keine jugendlich strahlenden grauen Haare, sein großer, dunkler Blick und sein glattrasiertes Gesicht voll süddeutscher Charme sind. Es ist Karl Lafner auch schmerzhaft, gerade mit diesem Menschen in einen Kampf verwickelt zu werden. Ich bin, sagt er beiseitener, meinem Bildungsgang nach Lehrer. Es sind einige Lehrer unter den Modellen, sagt der Professor tröstlich hinzu. Aber Karl Lafner ist die Frage seiner persönlichen Verfassung nun brennender als die seiner gesellschaftlichen Stellung. Ich schielte nicht, sagt er ängstlich, das mag nur so geschehen haben,

weil ich es nicht gewöhnt bin, so lange auf einen Punkt zu schauen. Seltsam, daß Sie das nicht wissen sollen, sagt der Professor, der nicht im Bild ist zerstreut. Er schaltet eine Arbeitspause ein. Sie schielen ja nicht nach innen, sondern nach außen. Das ist es ja. Greco hat diesen Blick gern seinen Heiligen gegeben, weil dieser Blick etwas Transzendentes hat. Karl Lafner, der diesen Mann, der ihm nun nähertritt, wie einen Magier zu fürchten beginnt, tappt bei dieser Erklärung vollkommen im Leeren. Der Professor aber redet sich warm. Sie verstehen, sagt er, bei Ihrem Schielen treffen sich die Schacheln im Kopf, Sie schauen nach innen, oder ins Unendliche, was das gleiche ist. Mit dieser Erläuterung bekundet der Professor eine echte Sympathie für Karl Lafner, die den freilich nicht erreicht. Er sieht nach auf einem Podium, vor einem Mann, der ein veronnenes Lächeln und eine Kravatte zu 22 Schilling trägt und ihm ist, als fiele sein eigenes Herz von ihm ab. Sie haben also Unglück gehabt, wird der Professor menschlich, indem er die Sitzung wieder aufnimmt. Nun redet Karl Lafner wie ein Brunnen, er redet, als könnte er den Alp damit zerreiben, der nun weitaus bedrückender auf ihm liegt als die Herzneurose; er klagt die Zeit an.

Ja, sagt der Professor, als hätte Karl Lafner einen seiner eigenen Gedankengänge entwickelt, das ist die Welt des Demirgins. Des was? fragt Karl Lafner, da er noch in Rage ist. Sie können sich das ruhig so vorstellen, sagt der Professor, daß die Menschwerdung der Sündenfall war. Dieser Vorgang, daß die Seele irdisch und der Geist eine Person wurden, war der Sturz aus dem Reich in die Materie, in den Tierkreis, in das Reich des verderblichen Zwischengottes. Denn damit hat sich der Androgin nicht nur in Mann und Weib gespalten, sondern auch alle anderen Qualen des Geistes an der Materie auf sich gezogen. Und da die Menschheit dem Demirgins noch nie so verfallen war wie heute, war auch

das Chaos noch nie so groß. Es ist geradezu ein Schauspiel, wie die Menschheit nun zum zweifelnden Opfer dieses materiellen Ueberflusses geworden ist, für dessen Erlangung sie alle ihre inneren Güter, die Stimme in ihr nach der wahren Heimat verhöhnt hat. Immer aber sind alle diejenigen von dieser Welt besonders getreten worden, die nicht ihr Antichristentum, ihre Vöserartigkeit in sich hatten, sondern den Geist.

Der Professor, der sich bei politischen Wahlen der Abgabe seines Stimmzettels enthält, redet gelassen wie in Damengesellschaft. Er ahnt nicht, wie revolutionär er für Karl Lafner redet, der jedes Wort auf sein Leben anwendet und sein Herz gerechtfertigt sieht. Nun stellt Karl Lafner eine Frage, die ihm keineswegs die nabeliegendste ist, die aber, da er diesen zeichnenden Gentleman wie einen Propheten respektiert, aus dem Gefühl aufwirft, daß er diese außerordentliche Gelegenheit, endgültig Aufschluß bekommen zu können, nicht ungenützt lassen dürfe. Er hat in der letzten Zeit begonnen, über soziale Zusammenhänge nachzudenken. Nun, da ihm bewiesen ist, daß sein Elend nicht ein moralisches, sondern ein gesellschaftliches Problem ist, will er auch die soziale Schlussfolgerung aus dieser Einsicht erhärtet haben. Dann ist, fragt er, das Land des Heils nun Rußland? Nein, entgegnet der Professor sofort, ohne mehr Atem als bisher aufzuwenden. Denn dort wird der Materialismus nun ins letzte Extrem entwickelt. Dort wird selbst den Kindern die Erinnerung an das Ausgetriebene, woher wir kommen und wohin wir müssen. Es ist auch interessant, daß die Sowjets aus dem ersten unbedenklichen Elan heraus zu ihrem Wapen den mit der Spitze nach unten gekehrten, fünfzackigen Stern wählten, das Zeichen des Unterganges und des Teufels. Zeither haben sie ihn freilich umgedreht. Karl Lafner ist es, als müßte er umsinken.

(Fortsetzung folgt.)

Kongreß des Weltverbandes der Völkervereinigungen

Heute beginnen in Montreux die Vorbereitungen einiger ständiger Kommissionen zum 17. Kongreß der Völkervereinigungen, der am 3. Juni eröffnet werden und bis zum 8. Juni tagen wird.

Die vorliegenden Anträge befassen sich hauptsächlich mit den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz und mit den Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz. Der Minderheitenkommission (oder vielmehr zunächst dem dafür bestellten Spezialkomitee) liegt ein Bericht Dr. Walter Rappert über den Völkervereinigung als Garant der Minderheitenrechte vor; dieser Bericht stellt genau die Verpflichtungen fest, die dem Völkervereinigung nach innen durch die Uebernahme der Garantie für Einhaltung der Minderheitenschutzverträge erwachsen sind, und schlägt zur Ermöglichung einer besseren Information der Nationalitäten die Einsetzung einer ständigen beratenden Minderheitenkommission vor; die englische Völkervereinigung hat zu diesem Bericht einen Resolutionsantrag eingebracht. — Der Entwurf der russischen Liga zu einer Konvention für den internationalen Schutz der Menschenrechte steht neuerdings zur Diskussion. Die französische Liga hat zu den Vorkommnissen in Deutschland Stellung genommen und die jüdische Liga in Palästina einen Entwurf angekündigt, der Schritte vorschlägt, die beim Völkervereinigung zugunsten der Juden in Deutschland zu unternehmen wären.

An den Verhandlungen in Montreux nehmen als Delegierte der Deutschen Völkervereinigung in Prag deren Präsident Dr. Wilhelm Medinger und Prof. Dr. Heinrich Raubberg teil.

Oskar von Hindenburg als Zeuge im Gereke-Prozess

Berlin, 31. Mai. Im heutigen Verlaufe des Gereke-Prozesses wurden u. a. der Sohn des Reichspräsidenten Oberst Oskar von Hindenburg und der Staatssekretär des Reichspräsidenten Reichner als Zeugen einvernommen. Auf die Frage, ob er Gereke für fähig halte, daß er Gelder aus dem Hindenburg-Wahlfonds unterschlagen und für persönliche Zwecke verwendet habe, erwiderte Oberst von Hindenburg: „Mir ist nicht die Idee gekommen, daß Dr. Gereke diese Gelder in irgendeiner Form für sich verwenden wollte.“ Staatssekretär Reichner bestätigte, daß der Plan bestanden habe, nach der Wahl Hindenburgs eine überparteiliche nationale unabhängige Zeitung zu gründen, die den Gedanken der nationalen Sammlung vertreten sollte. Zunächst war der Ankauf eines Aktienpakets der Deutschen Allgemeinen Zeitung oder der Ankauf der „Täglichen Rundschau“ erwärdet worden, aber schließlich hielt man die Gründung einer neuen Zeitung für richtiger.

Die Wiener „Rote Fahne“ eingestellt

Wien, 31. Mai. In der Redaktion der „Roten Fahne“ und in deren Druckerei fand sich in der Nacht auf den 31. Mai eine amtliche Kommission ein und gab dem Herausgeber und dem verantwortlichen Redakteur des Blattes das Verbot der Herausgabe der „Roten Fahne“ bekannt. Das Verbot wurde mit der Einstellung der Tätigkeit der kommunistischen Partei in Österreich begründet. Die Einwendung, daß die gegenwärtige „Rote Fahne“ nicht das Organ der kommunistischen Partei, sondern Privateigentum sei, nahm die Kommission nicht zur Kenntnis, sie leitete gegen die verantwortlichen Persönlichkeiten sofort die Untersuchung ein und vernichtete vor ihrem Begehen die zum Druck vorbereiteten Druckplatten der „Roten Fahne“, so daß das Blatt am 31. Mai früh nicht erscheinen konnte. Dann nahm die Polizei im kommunistischen Verlag und im Bucherverlag im neunten Wiener Bezirk Durchsuchungen vor.

Polnisch-deutscher Grenzzwischenfall

Warschau, 31. Mai. Wie die Blätter melden, wurde heute ein polnischer Grenzwächter in der Nähe der Ortschaft Gorowo-Trzaski in einer Entfernung von etwa 400 Metern von der deutschen Grenze aus einem auf deutschem Boden befindlichen Wald unter heftiger Gewehrfeuer genommen. Am selben Tage wurde Blättermeldung zufolge das Dorf Besniewo von der deutschen Seite aus heftig beschossen. Unter der Vorbedingung brach eine Panik aus. In beiden Fällen wurde, wie die Blätter weiter melden, die Schießerei durch nationalsozialistische Sturmabteilungen verursacht, welche in der Nähe der Grenze Militärübungen abhalten.

Amerikanisch-russische Wirtschaftsverhandlungen?

New York, 31. Mai. (Reuter.) Es verlautet, daß in den nächsten Tagen die Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und den Sowjetvertretern über den Austausch von Waren verschiedene Gattungen aufgenommen werden sollen. Es handelt sich insbesondere um Seide, amerikanische Baumwolle und amerikanisches Schlachttier, russischerlei um Mangan, Chrom, Zellulose und Asbest.

Bildnis eines deutschen Mannes:

Herr Alfred Bohmann, Schriftleiter des „Tag“, der unser sein könnte — wenn wir gewollt hätten!

„Der Glaube an die Macht des Geldes ist im Schwanden, die Herrschaft des Geldes bricht zusammen. . . . Leben, Bluttritt an zum Kampfe gegen das Geld! Das ist der Weltinhalt der Idee, die sich deutscher Nationalsozialismus nennt. . . .“

Ing. Rudolf Jung: Der nationale Sozialismus, Auffig 1933, Seite 11.

Wie sagt doch Wilhelm Busch: Denn erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt! Auch der Nationalsozialismus hat eine Reversseite, die er selten zeigt und die trotzdem — nicht nur für Röhmlinge! — die wesentlich interessanter ist. Wenn Leben und Blut zum Kampfe gegen das Geld antritt und der kleine Mann am großen Vorbild des Führers wieder einmal sieht, daß deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun, dann soll doch nicht ganz vergessen werden, wie es auf der Schattenseite der Reformen aussieht.

Zum Beispiel so:

Reichsparteizeitung der deutschen sozialdemokratischen Partei.

Gestatten Sie bitte, daß ich mich heute in einer ganz besonderen Angelegenheit an Sie wende:

Wir schalten ein: es handelt sich um Herrn Alfred Bohmann aus Libochowan an der Elbe und man schreibt den 20. Oktober 1929. Die besondere Angelegenheit, in der er sich an uns wendet, ist folgende:

Ich sympathisiere mit Ihrer Partei. Ich muß wohl auch den Grund angeben: Ihr Programm sagt mir noch am meisten zu. Die Deutschnationalen sind mir zu starr und ihre Politik in bezug auf die Republik erscheint mir zu fruchtlos. Die deutschen Nationalsozialisten können sich doch nie durchsetzen, weil sie mit allen möglichen Hemmnissen ihrer parteipolitischen Ziele zu rechnen haben, die Christlichsozialen stoßen mich ab und der Bund der Landwirte? Ich bin ja kein Landwirt! Die Arbeitsgemeinschaft Roske-Raska verliert sich ja auch, weil sie nur ein Rohhehl ist und noch nicht genau weiß, wozu sie auf der Welt ist. Bitte, glaube ich, nur noch die kommunistische Partei, so schön sie übrigens im Idealen Sinne angestrebt und verwirklicht wären, doch höchstens nur ein Staatsgebilde schaffen können, wie es heute in der Sowjetrepublik sehen und das warnendes Beispiel sein muß.

Die Durchsicht des Musterkoffers ist ein wenig flüchtig erfolgt und beinahe erinnert der junge Mann, der die politischen Parteien hier Revue passieren läßt, an den jüdischen Ehemann der Anekdoten, der auf der Suche nach dem Hausfreund ein paar Türen auftritt und dann auch vor den geschlossenen mit sanguinischem Ueberreifer feststellt, daß er „hier auch nicht“ ist. Alles in allem aber, kein Landwirt zwar, sondern eher ein Idealist von jenem echten deutschen Schlag, der die Ideale im Munde führt, während er die Finger dort hat, wo sie nicht hingehören, und eben dies mit jenem geschick zu kaschieren weiß!

Er hat sich für die Sozialdemokratie als das kleinste Uebel entschieden, hier schien es ihm gut zu sein, hier wollte er seine Nische bauen und da eben eine Wahl vor der Tür stand, offerierte er seine Stimme (denen teutonischer Wohlklang, wie sich später herausstellte, durch die falschen Töne vom 27. Oktober 1929 nicht gelitten hat). Er schrieb:

Ich bin ein Deutscher, kennt ihr seine Farben? Er kannte sie damals noch nicht, durfte aber versichern:

„Ich fühle sozial und denke demokratisch und wähle bei der nächsten Wahl die deutsche sozialdemokratische Partei. Ich fühle Veranlagung zum politischen Leben und möchte nun auch wirklich Ihrer Partei angehören.“

Die Veranlagung ist ja aus dem oben Zitierten ohnehin zur Genüge kenntlich. Daß er Deutscher sei, mußte man auch aus dem Umstand, daß er sich nur mangelhaft deutsch ausdrücken kann. Den Wunsch, der Partei „nun auch wirklich“ anzugehören, hätte er durch Ausfüllen einer Beitrittserklärung und Einzahlen des Beitrags verwirklichen können. Idealist aber, der er nun einmal ist, strebt er nach Höherem:

Ich bin Rechtslehrer an der deutschen Universität in Prag und habe mich bisher nie mit Politik — wenigstens aktiv nicht — beschäftigt. Ich möchte mir auch etwas verdienen. . . .

Dies der Leuchtturm, auf den der Schiffer im schwanken Kahn eines mangelnden Sprachgefühls durch den hohen Wellengang eines fragwürdigen deutschen Stils zugesteuert ist, den Blick unverwandt nach dem Ideal erreicht hat. Nun ist's heraus: er will sich etwas verdienen. Und was liegt näher als der Versuch, es dort zu tun, wo er sich nicht auskennt! Er hat sich mit Politik noch nicht beschäftigt, hat aber Veranlagung dazu; unser Programm, das er — wie anlogung dazu — nicht kennt, sagt ihm zu, er später noch verrät — nicht kennt, sagt ihm zu, also will er sich mit Politik, und zwar ausge-

rechnet mit sozialdemokratischer, etwas verdienen. Hierher zieht's ihn mit allen Fasern seiner deutschen Seele, denn

„. . . im Staatsdienst würde ich mich vielleicht nicht wohl fühlen, in Handel und Industrie auch kaum —

man soll derlei nie betreiben! Aber die innere Stimme läßt sich nicht täuschen:

— ich möchte mich aktiv politisch betätigen und habe an Ihre Partei gedacht.“

Es ist peinlich für uns, aber wir müssen es einmal gestehen, daß er an uns gedacht hat, als es ihn zur Politik (und zum Verdienen) zog. Wir könnten ihm mit dem Zorn antworten: Du bist nicht der erste, Du mußt schon verzeihen. . . wir fürchten aber, daß er sich von Rathe Rath auch dadurch unterscheidet, daß er nicht der Letzte sein wird. Damit wir nicht in Verlegenheit kämen, was wir ihm anzufangen sei, offerierte er seine Dienste en detail:

Vielleicht könnte ich einen Sekretärposten zu Ihrer Zufriedenheit ausfüllen, darüber hinaus für Ihre Partei Leitartikel, polemisieren und in jeder Hinsicht für Ihre Partei arbeiten! Ich fühle organisatorisches Talent in mir, das ich Ihren Zwecken — die ich gerne auch zu meinen machen möchte — dienstbar machen könnte. Und Rednertalent? Nun, mein bester Freund

den möchten wir kennen!

sagt selbst, mit mir wäre nicht zu streiten (— was ja schließlich überall in edler und vielleicht auch unedler Form passieren kann, um Ideelles und Materielles), weil ich eben kritische Veranlagung habe und von Grund aus Baustein zu Baustein setze. . .

Wie er es sagt, ist es nicht klar, aber was er meint, ließe sich erraten, auch wenn er es nicht ausdrücklich negierte:

Ich will mir nicht selbst ein Loblied singen, sonst sagen Sie mir noch: Eigenlob ist. . . ! Aber vielleicht ist es doch notwendig, darauf hinzuweisen.

Es fällt uns nicht ein zu sagen: Eigenlob ist. . . sondern wir sagen im Gegenteil, daß die ganze Gesinnung herzhaft stinkt und halten es für notwendig, darauf hinzuweisen, obwohl wir damals nicht ahnen konnten, wie nützlich und notwendig dieses Offert war, das nach vier Jahren ein so schönes Porträt eines Vorkämpfers der nationalen Revolution ergibt. Sein polemisches Talent hat er inzwischen mehr in unedler Form und weniger um Ideelles als um Materielles strapaziert, Baustein auf Baustein hat er dem Braunen Hause angelegt, das diesen Namen nicht zuletzt deshalb führen dürfte, weil in ihm Gefellen wie dieser Bohmann ihre geistige Notdurft verrichten. In jeder Hinsicht hat er gegen uns unfernen machten, war es ihm nicht möglich, uns dienstbar zu sein, aber es ist ein Gefühl der Genugtuung, das uns bei der Leküre jedes seiner Schulaufsätze überkommt, zu wissen, daß wir ihn hätten haben können, und daß uns dieses Talent durch eigene Schuld verloren ist.

Ich wollte nur, schrieb er damals, daß Sie mir Gelegenheit geben, diese meine Fähigkeiten in Ihrem Rahmen entfalten zu lassen.

Welch doppelter Glücksfall für uns, daß er sie nicht in unserem Rahmen „entfalten läßt“ — um bei seinem völkischen Deutsch zu bleiben —, sondern daß sich für ihn, trotz anfänglicher Abneigung gegen die Partei seines Herzens der rechte Rahmen gefunden hat, in dem er lassen kann, was immer das Herz und die übrigen Därme bedrängen!

Was uns entgangen ist, gilt es freimütig zu gestehen:

Ich bin 23 Jahre alt, kann tschechisch — wenigstens schriftlich gut! — die zweite Landessprache spreche ich allerdings noch nicht fließend.

Was tut's, die erste ja auch nicht!

Meine Lateinkenntnisse werden wohl nicht viel nützen, schließlich wird auch die passive Kenntnis des Englischen und Französischen nicht gerade schaden.

Das ist schwer zu sagen. Dem Deutschen schadet die aktive Unkenntnis jedenfalls sehr.

Wer nicht unter Blatt liest — ist nicht informiert

über die Geschehnisse in Deutschland

Die bürgerliche Presse schweigt, sie breitet über alle Brutaltäten der Hitlerhorden den Schleier der Barmherzigkeit. Die sozialdemokratische Presse zerreißt den Schleier der Dunkelheit und Lüge, sie klärt auf und gibt die ungeschminkte Wahrheit wieder. Weg mit der bürgerlichen Presse, welche die Geschäfte des Hakenkreuzes, des blutigen Terrors besorgt. In der Hand jedes Kulturmenschen — die sozialdemokratische Zeitung!

Bis in die letzten Einzelheiten habe ich mich mit Ihrem Programm allerdings noch nicht vertraut gemacht. Senden Sie mir bitte daher dieses auf alle Fälle zu. Damit ich nicht etwa Gewissem fremd gegenüberstehe. Es kann nur Unwesentliches sein, mit dem ich ja bald gutfreund stehen würde. Es hat nicht sollen sein!

Unwesentliches war ihm entgangen, aber für uns war es das Wesentliche. Gerade an der letzten Einzelheit, in die er noch nicht eingedrungen war, an dem Grundgesetz der sozialdemokratischen Partei, keine Rücksicht zu beschäftigen, die in ihrem Offert um Zulassung eines Nachbundes eruchtet, da sie sich bisher nur mit Missetreibern beschäftigt habe, scheiterten seine Pläne und unser Glück. Alles kam ganz anders, wir wurden bald nicht „aufreund“, sondern bösefeind miteinander. Jene haben ihm vermutlich das Programm geschickt, das unabänderliche, er hat in Eile die letzten Einzelheiten studiert und war schon ein Führer der Nation. Seine Kenntnis des Börgelateins kann er nun trefflich verwenden, weniger die passive des Englischen und Französischen. Immerhin wird sie hinreichen, ihm beachtlich zu machen, warum wir ihn nicht für einen Gentleman halten, und kann ihm einmal dienlich sein, wenn wir auf eine seiner unedlen Polemiken mit der bündigen Wendung antworten sollten, die der Franzose mit „Merde!“ überlegt. Damit es auch die Leser verstehen und damit jeder wisse, was Gottes Rind der Mann ist, den sich Jung als Sprachrohr in wichtigen politischen Fragen erkoren hat, sei noch der Schluß des Offerts zitiert:

Verwenden Sie mich bitte in Ihrer Partei, als Sekretär, als Leitartikler, als Organisations- und vielleicht auch als Redner. Geben Sie mir die Möglichkeit, damit ich mich sozialdemokratisch entfalten kann. Das wäre der Dank für Ihr freundliches Entgegenkommen! Und der Ruhm beide!

Behandeln Sie bitte mein Schreiben freundlich und vertraulich und teilen Sie mir bitte mit, ob ich mich in einer Ihrer Ansichten persönlich einfinden kann.

Mit vollster Hochachtung Alfred Bohmann m. p.

Weniger voll wäre voller gewesen. Da er sich bei uns nicht entfalten konnte, hat er es auf der andern Seite der Barrikade, wo er nunmehr sein Bestes hergibt. Ob zu seinem Nutzen, wissen wir nicht. Zu unserem bestimmt. Die Vertraulichkeit hatte nach gewissen Zwischenfällen der letzten Monate die Grenze erreicht, über die sie nicht mehr passieren durfte. Die erbetene freundliche Behandlung aber sei gewährt! Das ist der Dank für sein freundliches Entgegenkommen, daß wir ihn mit aller Freundlichkeit, und obwohl sein politisches Wirken mehr Gestank verbreitet als sein lüdisches Selbstbewußtsein, so lange ignorieren wollen, als es irgend angeht. Es bleibt uns ja ansehnliche jeder Reize, die er von sich gibt, das herrliche Gefühl, der Gefahr entgangen zu sein, daß derlei für statt gegen uns geschrieben würde!

Flucht aus einem amerikanischen Staatsgefängnis. Der Gouverneur als Geisel.

New York, 30. Mai. (Reuter.) Aus dem Gefängnis des Staates Kanjas entkamen heute elf Sträflinge, von denen sieben wegen Mordes, Bankraubes und ähnlicher Handlungen auf Lebenszeit verurteilt waren. Mit Hilfe von Revolvern, die offenbar ins Gefängnis geschmuggelt waren, entkamen sie ein Duzend Wärter und entkamen ins Freie. Sie hielten zwei Autos an, zwangen die Insassen aussteigen und entluden. Den Gouverneur des Staatsgefängnisses, zwei Gefangenenaufseher, eine kranke Frau und zwei junge Mädchen nahmen sie unter der Drohung augenblicklichen Erschießens mit und benützten sie als Schutzschild

gegen die Kugeln der Verfolger. Später scheinen sie sich in kleine Trupps geteilt und weitere Autos erbeutet zu haben. Die mitgenommenen Geiseln wurden mit Ausnahme des Gouverneurs von ihnen freigelassen. Militärflugzeuge nahmen die Verfolgung der Flüchtigen auf. Die Flucht erfolgte zur Zeit, als auf dem Gefängnis ein Fußballmatch ausgetragen wurde. Den Behörden ist mitgeteilt worden, daß die Automobile mit den entkommenen Verbrechern an einem sieben Kilometer von der Stadt Pichero im Staate Oklahoma gelegenen Haus vorübergekommen seien.

An unsere Kolporteur und Abonnenten!

Anläßlich der Pfingstfeier wird H. Vertrag im Buchdrucker-gewerbe am Pfingst-Montag nicht gearbeitet. / Es enthält daher unsere Dienstausgabe und erscheint unser Blatt erst

am Mittwoch, den 7. Juni zur gewohnten Stunde. Die Verwaltung.

Verderbliche Zollpläne.

Unmittelbar vor Zusammenritt der Weltwirtschaftskonferenz in London, die aufs neue verhandelt soll, in die katastrophale Wirtschaftslage Ordnung zu bringen, wozu nicht zuletzt die Regelung der Zollfragen gehört, versucht man auch hierzulande rasch für einige Interessenten Vorteile zu schaffen durch — erhöhte Zölle!

Bekanntlich wird schon seit längerer Zeit an einem neuen Entwurf des tschechoslowakischen Zolltarifs gearbeitet. Wie von gut informierter Seite mitgeteilt wird, laufen die Beratungen auf eine außerordentliche Erhöhung der Agrarzölle hinaus, so daß die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß im Falle der Verwirklichung der agrarischen Zollwünsche die Tschechoslowakei in ein handelspolitisches Chaos gestürzt wird. Nach einem bisher zwar nicht genehmigten, aber bereits durchberateten Antrag soll z. B. der bisherige Weizenzoll von 60 auf 100 K (vertraglich nicht gebunden) und von 30 auf 50 K (vertraglich) erhöht werden, wobei gleichzeitig die bisherigen Zollsätze nach dem Gesetz aus dem Jahre 1930 mit der Abänderung in Gültigkeit bleiben, daß ihre Höchstgrenzen keinerlei Beschränkung unterworfen werden. Für die Buttereinfuhr sollen gleiche Zölle eingeführt werden, so daß bei einem Preise von 24 K der Zoll 2,10 K, bei einem Preise von 20 bis 24 K der Zoll 4,20 K, und bei einem noch niedrigeren Preise 6,30 K betragen soll. Gleitende Zölle, die sich der Preiselastizität anpassen, sollen auch für die Schweinefetteinfuhr festgesetzt werden. Außerdem wird eine lange Reihe landwirtschaftlicher Produkte, wie Kunststoffe, Cellulose, Erbsen, Linsen u. a. mit Zollerhöhungen belegt werden. Seitens der Industrie und des Handels wiederum liegen Wünsche auf Zollerhöhungen für die Einfuhr von Maschinen und Apparaten, Schreib- und Rechenmaschinen u. a. vor, die infolgedessen unverständlicher erscheinen, als einige dieser Produkte in der Tschechoslowakei überhaupt nicht erzeugt werden. Lediglich die Textilindustrie macht hier eine rühmliche Ausnahme und fordert bei zahlreichen Posten sogar Zollherabsetzung.

Die Agrarier wollen ihre starke politische Position auf neue zu ihren Gunsten auf Kosten der Verbraucher ausbauen. Daß dadurch die ohnehin, infolge der Krise außerordentlich eingegrenzte Lebenshaltung der breiten Massen weiter eingeschränkt und damit der Absatz landwirtschaftlicher Produkte gehemmt wird, übersieht man vollständig. Das widerpricht übrigens völlig den vom letzten Internationalen Agrar-Kongress in Prag (1931) aufgestellten Richtlinien, wo ausdrücklich die Hebung des Konsums neben vorübergehender Verminderung der Produktion und Organisation des Marktes empfohlen wird, um der Agrarkrise zu steuern. Jeder objektive Volkswirtschaftler hebt hervor, daß das Schicksal der Bauernschaft mit dem Schicksal der Kaufkraft der breiten Massen aufs innigste zusammenhängt. Schon jetzt ist z. B. der Konsum von Fleisch sehr erheblich gesunken; bei noch höheren Preisen würde der Verbrauch weiterhin verhängnisvoller Weise abnehmen. Die Einschränkung des Konsums durch Preissteigerungen mit Hilfe von Zöllen ist das verkehrteste Mittel, der tatsächlich bedrängten Landwirtschaft Hilfe zu bringen. Die Hauptsache ist die Senkung der Herstellungskosten durch Herabsetzung der Zinsen, Steuern und Preise der für die Landwirtschaft notwendigen Maschinen usw., sowie die Hebung der Kaufkraft neben der Organisation des Marktes. Die Bekämpfung der Kartelle ist in diesem Zusammenhang ein auch für die Landwirtschaft wichtiges Problem.

Aber die Lösung dieser Fragen ist für die Agrarier viel zu unständig und widerspricht mitunter auch ihrer kapitalistischen Einstellung. Sie und die Industriellen wollen es sich möglichst bequem einrichten und meinen, der Staat sei nur dazu da, ihnen das Leben und Profitmachen zu erleichtern. Dazu wird selbstverständlich noch ein kräftiges Wort gesagt werden müssen.

Neue Verhaftungen. Die Polizei verhaftet: Am 29. Mai wurde hier bei zwei hervorragenden Mitgliedern der Hakenkreuzbewegung eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei Material beschlagnahmt wurde, das deren Beziehungen zum Auslande beweist. Es handelt sich um zwei Hochschulschüler, bei denen auf Ersuchen der Strauer Polizeidirektion auch die Polizeidirektion in Prag eine Haus- und persönliche Durchsuchung vornahm. Die beiden Studenten wurden auf Grund des Materials, das in ihren Prager Wohnungen gefunden wurde, festgenommen.



Zur Parlamentswahl in Danzig.

Danziger Straßenschild mit Wahlplakaten und riesigen Wahlausrufen an den Häuserfronten.

Tagesneuigkeiten

Die Revision des Lübeder Prozesses.

Leipzig, 31. Mai. Die Revisionsverhandlung im Lübeder Calmette-Prozess beginnt morgen vor dem Reichsgericht unter Vorsitz des Reichsgerichtsrates Schmidt. Der in Lübeck im Februar v. J. wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Professor Dehke vom Lübeder Krankenhaus und der wegen der gleichen Vergehen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilte Lübeder Obermedizinalrat Doktor Altschmidt haben gegen das Urteil Revision eingelegt. Die Lübeder Staatsanwaltschaft hat gegen den Freispruch des Angeklagten Professor Dr. Klotz Revision eingelegt. Ebenso haben die als Nebenkläger im Lübeder Prozeß zugelassenen Eltern der verstorbenen Säuglinge Einspruch gegen das Urteil des Lübeder Gerichtes erhoben.

Zu dem Lübeder Prozeß handelte es sich darum, daß mehr als siebenzig Säuglinge, an denen das sogenannte Calmette-Schutzimpfverfahren gegen Tuberkulose zur Anwendung gekommen war, nach der Behandlung an Tuberkulose gestorben waren. 168 Säuglinge waren unter tuberkuloseverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Als Ursache des Unglücks sah das Gericht in seiner Urteilsbegründung entweder eine Verwechslung oder aber eine Verunreinigung der Impfkulturen an, für die es die beiden verurteilten Angeklagten verantwortlich machte, während seiner Auffassung nach gegen den Angeklagten Professor Klotz und die ebenfalls angeklagte Schwester Anna Schüke keine Schuldbelege beigebracht werden konnten.

Vergrutsch im Saalegebiet.

Größte Hochwassergefahr.

Deßau (Anhalt), 31. Mai. Eine schwere Naturkatastrophe ereignete sich heute bei Labdorf im Kreise Bernburg. Die Saalberge bei Eiserfurt sind in einer Breite von 500 Metern in die Saale gerutscht und haben das Flußbett vollkommen gesperrt, so daß die Saale ihren Lauf durch die Große Aue nehmen muß. Das Wasser stieg innerhalb 20 Minuten um einen halben Meter. Ringsumher besteht kilometer weit größte Hochwassergefahr. Die Katastrophe ist vermutlich auf die ungeheuren Regenmengen zurückzuführen, die in den letzten 48 Stunden niedergingen.

Ein Lastauto stürzt ab.

Glück im Unglück.

Jglau, 31. Mai. Der 25jährige Chauffeur Josef Demarek mußte mit einem Dreitonnenlastauto auf dem Wege aus Chyrow bei Labor nach Njov beim Nehmen einer starken Straßensteigung infolge Versagens des Motors anhalten. Der Autofahrer Dibi stieg vom Auto, und wollte einen Stein unterlegen. Plötzlich setzte sich das Auto rückwärts in Bewegung und durchstieß am Fuße der Straßensteigung das Geländer der Brücke über den Jagelfluß und stürzte die 15 m hohe Böschung hinunter, wo es am Flußufer zertrümmert liegen blieb. Das 70 q schwere Auto überschlug sich dabei zweimal in der Luft. Der Chauffeur Demarek, der am Volant sitzen geblieben war, kam mit leichten Hautabschürfungen davon.

Zodessrennen.

Indianapolis, 31. Mai. (Wolff.) Bei dem alljährlichen 500 Meilenrennen, der größten automobilsportlichen Veranstaltung in den Vereinigten Staaten, verunglückten zwei Wagen. Dabei wurden die beiden Fahrer und ein Mechaniker schwer verletzt. Der Mechaniker und ein Fahrer sind inzwischen gestorben. Bei dem Rennen wurden außerdem eine außerordentlich große Menge an Unfällen erzielt, was bei den Schwierigkeiten der Rennstrecke zu den Unfällen führte.

Marconi prophezeit große Fortschritte der Radiotelegraphie.

London, 31. Mai. (AP.) Marconi sieht einen weiteren bemerkenswerten Fortschritt in der drahtlosen Radioverbindung voraus. Der große Erfinder befaßt sich zur Zeit mit dem Studium der sogenannten Mikrowellen, d. h. Wellen, die kürzer sind als ein Meter und denen, wie Marconi ausführt, unabsehbare Bedeutung zukomme. Marconi sagt auch einen großen Fortschritt in der Televisión vor. In seiner gestrigen Abend in der königlichen Reichsgesellschaft in London abgegebenen Erklärung sprach Marconi seine Anerkennung der britischen Postverwaltung aus, die dazu beigetragen hätte, daß das Radio zum wirksamen Bindeglied und zum wirksamen Mittler der Weltverbindung wurde. Marconi sprach die feste Überzeugung aus, daß die Möglichkeiten der drahtlosen Telegraphie noch lange nicht erschöpft seien. Er bemerkte hierbei, daß man einigen Schwierigkeiten bereits auf dem Grund gekommen sei, wie z. B. die atmosphärischen Störungen seien usw.; er sprach hierbei die Überzeugung aus, daß diese alsbald werden überwunden werden können.

Blutiger Zwischenfall im Zirkus Kludsky

Bukarest, 31. Mai. Bei einer Vorstellung des Zirkus Kludsky in Braila überfiel ein wütender Löwe seinen Dompteur. Marsal und brachte ihm schwere Verletzungen im Gesicht bei. Der Löwe wurde sofort von dem Zirkuspersonal gefesselt. Der Vorfall rief beim Publikum eine große Panik hervor.

Wie jetzt in Deutschland Wahrheiten verkündet werden. Bewußt oder unbewußt, um den Hakenkreuzbewegern und ihren rückgratlosen Nachbarn einige Wahrheiten zu sagen, hat die „Frankfurter Zeitung“ einen kleinen Rückgriff in der Literatur getan. Sie veröffentlicht Heinrich Schollers Novelle: „Es ist sehr möglich.“ Dort macht sich der Schweizer lustig über die Rückgratlosigkeit der französischen Republikaner, als sie Napoleon zurubelten und nach dessen Sturz sich wieder als gut königstreue aufspielten: „Man war kein Mensch mehr Republikaner. Jeder trug vor seinem neuen Herrscher. Ja, niemand wollte jemals zu den Republikanern gehört haben, sondern jeglicher behauptete, von dem Schwindel, der einst alle befallen hatte, ferngeblieben zu sein.“

Und als der Usurpator gestürzt, das Lilienbanner wieder aufgerichtet, der Bourbon wieder eingesetzt war, gibt der geschichtskluger Schweizer durch seinen Helden jenen zu verstehen, die diesen Umfassung der Reaktion für ewig geltende Ordnung bedienerten:

„Nun will man wieder mit Waffengewalt, mit Inquisition, Tortur, Kruziatoren, diplomatischen Kniffen, Haarbreteln, Perücken, Spiegrutenlaufen, Adelspatenten, Ordensbändern, Glaubens-, ewigen Bündnissen, Zensurgesetzen und dergleichen allfälligen Dingen zum ewigen Frieden helfen. So geschah es schon zur Zeit Frankreichs und Washingtons, zur Zeit der Basillen, zur Zeit der Davousts und Palmes. Dieselben Mittel und Ursachen werden dieselben Wirkungen haben! Darauf verlaßt euch.“

Ob man im Nazi-Deutschland dieses hübsche Blättlein geschichtlicher Wahrheiten zu würdigen versteht?

Zum herannahenden Schluß macht der Allgemeine Angestellten-Verband Reichsberg auf die Notwendigkeit einer guten sorgfältigen Berufsberatung wegen des Eintrittes der schulentlassenen Jugend in das Berufsleben aufmerksam. Daß die verschiedenen Berufszweige der Angestellten in der Industrie, im Handel, im Verkehrswesen usw. unter der gegenwärtigen Krise sehr schwer leiden, bedarf keines besonderen Beweises und wird schon dadurch erkenntlich gemacht, daß laut den statistischen Ausweisen der Arbeitsvermittlungsanstalten die Zahl der stellen-

Der Selbstmord der Fliegerin Ehdorf.

Aleppo, 31. Mai. (Wolff.) Ueber den Tod der deutschen Fliegerin Marga von Ehdorf werden folgende Einzelheiten bekannt: Nachdem die Fliegerin am Sonntag auf dem Flugplatz von Mouslimich, ungefähr 16 Kilometer nördlich von Aleppo, eingetroffen war und ihre beschädigte Maschine verlassen hatte, wurde sie nach der Fliegermesse geleitet, wo in jeder Beziehung für sie gesorgt wurde. Später begab sie sich auf eigenen Wunsch nach dem Ruhezimmer, das für Flieger, die eine Notlandung unternommen haben, vorbereitet ist. Plötzlich — um 10 Uhr 30 — wurden mehrere Schüsse gehört. Alles eilte nach dem Ruhezimmer, wo Marga von Ehdorf auf dem Bette liegend tot aufgefunden wurde. Neben ihr lag die Schnellfeuerpistole, die sie auf ihren Flügen mit sich zu führen pflegt. Ihr Kopf war von zwei Kugeln durchbohrt. Die Leiche der Fliegerin wird nach Berlin überführt.

losen Angestellten immer noch weiter wächst, trotzdem die Zahl der arbeitslosen Arbeiter einen wenn auch nur kleinen Rückgang erfahren hat. Es sollen nur jene jungen Leute dem Angestelltenberufe zugeführt werden, die dafür die entsprechende Eignung besitzen. Zu Auskünften über die Entlohnungs-, Arbeits-, Rechts- und sonstigen Verhältnisse ist auf besondere Anfragen der Allgemeine Angestellten-Verband, Reichsberg, Turnergasse 27, gerne bereit, wofelbst auch Muster für Lehrverträge für Handwerkslehrlinge, Kanalarbeiter und sonstige Angestelltenwärter erhältlich sind.

Hakenkreuzliteratur in Gemeindepöcherleien. Während die Hakenkreuzler in Deutschland alle freibleiblichen Schriftsteller dem Scheiterhaufen überantworten, trachtet man bei uns den elendsten Schund der Hakenkreuzpropaganda auf Kosten der Allgemeinheit in den öffentlichen Pöcherleien aufzuspüren. Was sich hierbei die professionellen Volks- und Jugendbildner leisten, geht über das Maß des Erträglichsten weit hinaus. Vor einiger Zeit wurde im städtischen Bücherreit in Auffsig durch die sozialdemokratischen Vertreter mit Recht gegen das in München, im Verlag Ehrer's Nachfolger G. m. b. H. erscheinende illustrierte politische „Witzblatt“ „Die Brenneffel“ Stellung genommen und die Beseitigung des Blattes gefordert. Jede Nummer strotzt von Gemeinheiten gegen andere Nationen, gegen die Sozialdemokratie, das Judentum und gegen Persönlichkeiten, die von den Hakenkreuzern verfolgt werden. In der Nummer 19 gibt der Verlag selbst an, daß „diese Ausgabe in Lesefürken nicht geführt werden darf“; doch die Leitung der Pöcherleien findet an diesem Schundblatt besonderen Gefallen. Einige deutschnationale Jugendberzieher haben sich mit einem Eifer für den Weiterbezug des Banditenblattes eingesetzt und die Mehrheit des Bücherreitrates hat in ihrem Sinne beschlossen. Hier muß endlich Wandel geschaffen werden. Fort mit der Hakenkreuzliteratur aus unseren öffentlichen Pöcherleien!

Siebenfacher Mörder empfindet sich. Es sei auf eine Bewerbung eines braunen Soldaten aus Süddeutschland an eine Berliner Stelle verwiesen. Als Qualifikationsnachweis zur Bekleidung einer Führerrolle diente die Mitteilung, daß er als Nationalsozialist bereits wegen siebenfacher Mordanfrage vor Gericht gestanden habe. (Die wörtliche Veröffentlichung dieses Zeitdokumentes deutscher Schande und Geistesverwirrung muß leider, um nicht Personen zu gefährden, einer anderen Zeit vorbehalten bleiben.)

Erdbeben in Südamerika. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: In der Gegend von Duape wurde Dienstag ein Erdbeben verspürt. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt.

Wiens Hochschulen bleiben geschlossen. Das Unterrichtsministerium hat die Schließung der Hochschulen bis 8. Juni verfügt. In der Zwischenzeit dürfen keine Prüfungen abgehalten werden. Bei diesem Anlaß hat das Ministerium darauf hingewiesen, daß die durch die Schließung der Hochschulen verloren gegangene Zeit zur Erreichung des normalen Studienziels einzuholen sein wird.

Straßenbahnunglück in Leipzig. An einer Straßenkreuzung am Augustusplatz in Leipzig stießen gestern zwei Straßenbahnzüge zusammen. Ein Motorwagen stürzte um. Bisher wurden ein Toter, vier Schwere und zwei Leichtverletzte geborgen.

Immer noch Wolken. Das Staatsamt für Meteorologie in Prag gab gestern um 11 Uhr folgende Wettervorhersage für heute, Donnerstag, bekannt: In der Westhälfte der Republik: wechselnde, im allgemeinen wieder verringerte Bewölkung, keine wesentlichen Niederschläge, strichweise Morgennebel, ruhig; im Ostteil des Staates: wechselnd bewölkt, stellenweise Gewitterneigung, untertags etwas kühler.

Ein Lehrer von einem Lastauto getötet. Am 30. Mai fuhr auf seinem Motorrad gegen 17 Uhr nachmittags der Lehrer Franz Votruba aus Sojimovo Usti einem vor ihm fahrenden Lastautomobil auf der Wilson-Straße in Labor vor. Bei dem hierbei sich ereignenden Zusammenstoß fiel der Lehrer direkt unter die Räder des Kraftwagens und wurde schwer verletzt. Obwohl dem verunglückten Lehrer sofort ärztliche Hilfe zuteil wurde — der Unfall ereignete sich nämlich unweit des Bezirkskrankenhauses — waren die Verletzungen bereits schwer, daß er ihnen nach wenigen Augenblicken nach seiner Entlieferung ins Spital erlag.

